

[← zurück](#)

EU-Klimaziel

Neuer Streit übers Klimagift CO2

VON JAKOB SCHLANDT



Heißer Feger (Bild: dpa)

Die deutsche Wirtschaft wehrt sich vehement gegen neue Pläne von Bundesregierung und EU-Kommission, den Klimaschutz in Europa stärker voranzutreiben. Die beiden einflussreichsten Industrieverbände lehnen das Vorhaben klar ab, bis zum Jahr 2020 einseitig rund 30 Prozent statt bislang 20 Prozent Kohlendioxid (CO₂) einsparen zu müssen.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Werner Schnappauf, sagte der Frankfurter Rundschau: "Die deutsche Industrie engagiert sich - wie es wohl in keinem anderen Land der Fall ist - für den Klimaschutz. Eine einseitige Verschärfung des EU-Klimaziels lehnt der BDI jedoch klipp und klar ab." Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ist dagegen: Brüssel müsse in der Klimapolitik verlässlich bleiben und "die Signale auf mehr Investitionen stellen, nicht auf höhere Kosten. Europa kann sich keine teuren Alleingänge leisten", sagte Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben dieser Zeitung.

Krise drosselt CO2-Verbrauch

In der EU rückt die Entscheidung näher, ob in Europa bis 2020 die CO₂-Emissionen wie geplant um 20 Prozent gesenkt werden sollen oder ob es zu einer Verschärfung auf 30 Prozent kommt. Bislang ist vorgesehen, dass ambitioniertere Ziele nur festgelegt werden, wenn sich andere Industrieländer wie die USA und die Schwellenländer ebenfalls zu größeren Einsparungen verpflichten. Ein weltweites Abkommen als Nachfolger zum Kyoto-Protokoll ist bisher aber nicht erreicht und nach dem Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen wieder in weite Ferne gerückt. Der BDI pocht nun auf die ursprüngliche Abmachung der EU. "Solange ein solches Abkommen nicht existiert, lehnen wir eine einseitige Erhöhung des Klimaziels (...) ab. Denn es gibt nur Nachteile für Klima und Wirtschaft, wenn Europa vorausseilt und niemand folgt", sagte Schnappauf.

EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard stellt jedoch am Mittwoch eine Studie vor, nach der die Kosten für verschärften Klimaschutz durch die Wirtschaftskrise deutlich gesunken sind. In den Wirtschaftszweigen, die schon jetzt EU-Ziele erfüllen müssen, sank der Ausstoß 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 11,6 Prozent. Deshalb wären laut Hedegaard jetzt nur noch elf Milliarden Euro zusätzlich nötig, um Einsparungen von 30 Prozent zu erreichen. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für den verbesserten Klimaschutz dann auf 81 Milliarden Euro.

Mit diesen Daten liefert die EU-Kommissarin auch Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) Argumente, der sich für das 30-Prozent-Ziel stark macht und bei einem Treffen der EU-Umweltminister am 11. Juni mit dieser Linie gegen Klimaschutz-Bremser wie Italien und Polen antritt. "Das ist gut für die Umwelt, aber auch ein Innovationsanreiz, von dem die deutsche Wirtschaft besonders stark profitieren wird", verteidigte ein Sprecher das Vorhaben.

VDMA schert aus

Das sieht selbst ein klassischer Industrieverband ähnlich und signalisiert vorsichtig Unterstützung für

Klimawandel



Diskussion, Hintergründe, Studien, Umweltszenarien, interaktive Grafiken, Videos, Fotostrecken, Karikaturen und mehr.

 Fotostrecke: [Klimapolitik im Blick des Karikaturisten](#)

Röttgens Klimavorstoß. Thorsten Herdan, Geschäftsführer beim Maschinenbau-Verband VDMA, sagte: "Wenn besonders energieintensive Branchen von negativen Folgen abgeschirmt werden, ist das 30-Prozent-Ziel durchaus wünschenswert." Die deutschen Maschinenbauer sind bei energiesparenden Techniken Weltmarktführer und könnten so in Europa ein gutes Geschäft machen.

Der BDI lässt das jedoch nicht gelten. Es werde der Eindruck erweckt, dass der Klimaschutz infolge der Krise billiger geworden sei, sagte Schnappauf. "Das Gegenteil ist der Fall. In Zeiten, in denen ganze Branchen schwerer zu kämpfen haben denn je zuvor, gefährdet jede zusätzliche Belastung den Aufschwung." Auch der DIHK erwartet Nachteile für europäische Firmen. Das Vorpreschen Europas "schwächt lediglich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, ohne die globale Klimapolitik voranzubringen", sagte Wansleben.

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

Gefällt mir

231 Personen gefällt das. Zeige deinen Freunden, dass dir das gefällt.

[document info]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 24.05.2010 um 15:40:03 Uhr

Letzte Änderung am 24.05.2010 um 17:23:24 Uhr

Erscheinungsdatum 24.05.2010 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=2679726&em_loc=2091